Abendausgabe

Nr. 123 ♦ 44. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 61

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 – 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Montag
14. März 1927

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 8½ bis 5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 – 297

Enttäuschung über die Saarregelung.

Forderungen der Sozialdemokratie des Saargebietes.

Saarbrücken, 14. März. (Eigener Drahtbericht.) Das auf der diesjährigen Genfer Tagung in den Saarfragen erzielte Ergebnis hat im ganzen Saargebiet große Enttäuschung hervorgerufen. Unsere Genossen gaben auf ihrem heute in Saarbrücken stattgefundenen Unterbezirksparteitag, nach einem Vortrag des Genossen Hermann Wendel über „Völkerbund und Sozialdemokratie", dieser Enttäuschung in folgender Entschließung Ausdruck:

„Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei des Saargebietes gibt seiner Enttäuschung über die Behandlung der Saarfragen durch den Völkerbundsrat Ausdruck. Die dem Verbleiben des Belgiers Lambert durch Herrn Briand gegebene Begründung steht im Widerspruch zu der Tatsache, daß die Saarbevölkerung bereits seit zwei Jahren, zuletzt noch in einer Eingabe der Sozialdemokratischen Partei an die Märztagung 1926, dessen Abberufung forderte. Herr Briand stützt sich darauf, daß es die deutsche Regierung unterlassen hat, rechtzeitig offiziell diese Forderung geltendzumachen. Die Sozialdemokratische Partei sieht darin ein

schlimmes Versagen der heutigen Reichsregierung

in einer von der ganzen Saarbevölkerung seit langem leidenschaftlich erörterten Frage. Die Saarbevölkerung hat zu Herrn Lambert kein Vertrauen und erwartet — im Bewußtsein ihrer Gleichwertigkeit mit jedem anderen Volke — unter Berufung auf das dem Völkerbunde zugrunde liegende Prinzip der „Selbstbestimmung der Völker", daß die Frage der Nachfolge für Herrn Lambert bis spätestens zur Junitagung des Rates geregelt wird. Die Schaffung des sogenannten „Bahnschutzes" bedeutet die Beibehaltung der bisherigen französischen Besatzung in äußerlich verschleierter Maske. Die Sozialdemokratische Partei betont nachdrücklich das dem Saargebiet durch den Versailler Vertrag gemachte Zugeständnis, daß im Gebiet kein Militärdienst gestattet ist. Sie verlangt daher nach wie vor in Uebereinstimmung mit ihren diesbezüglichen Denkschriften an den Völkerbund und dem fortgesetzt in ihrer Presse vertretenen Verlangen, daß das

Militär gänzlich herausgezogen

wird und die Aufstellung einer neuen verkleideten Truppe unter dem Namen „Bahnschutz" unterbleibt. Der Schutz der saarländischen Anlagen (Bahnen und Gruben usw.) findet seine beste Sicherung in der von großem Verantwortungsbewußtsein erfüllten und auf baldige, restlose Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich bedachten Bevölkerung selbst. In der Erfolglosigkeit der deutschen Delegation bei der diesjährigen Behandlung der Saarfragen sieht die Sozialdemokratische Partei neben dem Scheitern der deutsch-polnischen Verhandlungen die zweite

schlimme außenpolitische Auswirkung des heute in Deutschland regierenden Rechtskabinetts.

Sie ruft daher die arbeitende Bevölkerung zur größeren Anteilnahme am politischen Leben auf und fordert von ihr, durch ihren Anschluß an die Sozialdemokratische Partei die Kräfte zu mehren, die allein berufen und imstande sind, die Sache Deutschlands außenpolitisch mit Erfolg zu vertreten und innenpolitisch der Arbeiterklasse einen Schutz gegen die Wiederaufrichtung der Reaktion bietet."

Dank an Vandervelde und Blum.

Saarbrücken, 14. März. (Eigener Drahtbericht.) Der am Sonntag abgehaltene Parteitag der deutschen Sozialdemokratie des Saargebiets nahm folgende Entschließung an: „Der sozialdemokratische Parteitag des Saargebiets dankt dem Genossen Vandervelde, dem unermüdlichen und unerschrockenen Vorkämpfer für demokratische und sozialistische Forderungen im Völkerbundsrat, für die tatkräftige Unterstützung der Saarbevölkerung in ihren Wünschen. Der Parteitag begrüßt insbesondere die nach den bisherigen Meldungen erfolgte Anregung Vandervoldes auf Ernennung eines zweiten deutschen Mitgliedes der Regierungskommission in der Person eines Sozialisten, um einerseits die sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Probleme des Saargebiets vorwärts zu treiben und andererseits eine stärkere Vertretung der deutschen Interessen in der Saarkommission entsprechend dem Anspruch Deutschlands nach seinem Völkerbundseintritt zu gewährleisten. Der sozialdemokratische Parteitag sieht mit dem Genossen Vandervelde eine endgültige Lösung des Saarproblems nur auf dem Wege der Vollendung der deutsch-französischen Verständigung."

Außerdem gelangte noch folgende Entschließung zur Annahme:

„Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie an der Saar dankt dem Führer der französischen Sozialdemokratie, dem Genossen Léon Blum, für seine kühne Stellungnahme zugunsten

des Selbstbestimmungsrechts der Saarbevölkerung

und der sofortigen Zurückgabe des Saargebiets an Deutschland. Wir deutschen Sozialisten an der Saar haben es als besonders mutig empfunden, daß die französische Sozialdemokratie bereits im Januar 1924 unter der Alleinherrschaft des Nationalen Blocks dem deutschen Saarvolke ihre Unterstützung gegen jedem Imperialismus zusagte, und wir sind einig mit der vor einigen Tagen proklamierten Forderung unseres französischen Genossen Léon Blum nach sofortiger Rückgabe des Saargebiets. Die deutsche Sozialdemokratie an der Saar sieht in der Haltung ihrer französischen Genossen nicht nur einen Beweis internationaler sozialistischer Solidarität, sondern auch einen wesentlichen Beitrag zur deutsch-französischen Verständigung."

Auch zu dem Ergebnis der Völkerbundsratstagung wurde eine Entschließung angenommen, die das Genfer Kompromiß vom Standpunkt des Rechts aus zwar als ungenügend bezeichnet, aber in ihm doch eine Etappe auf dem Wege einer weiteren deutsch-französischen Verständigung mit dem Endziel der Zurückführung des Saargebiets an das Vaterland sieht.

Gleichzeitig macht die Entschließung auf die unheilvollen Folgen des Eintritts der Deutschnationalen in die Reichsregierung für die Saarprobleme aufmerksam und fordert das deutsche Proletariat auf, alles daran zu setzen, um eine andere Zusammensetzung der Reichsregierung zu erreichen.

Vor der Verantwortung.

Die Deutschnationalen und das Ergebnis von Genf.

Am Mittwoch wird sich der Auswärtige Ausschuß des Reichstags mit dem Ergebnis der Genfer Ratstagung beschäftigen. Die deutschnationale Regierungspartei wird vor die Frage der Verantwortung gestellt werden.

Es sind Kräfte in der Deutschnationalen Partei am Werke, die das Spiel von 1925 wiederholen wollen: die Ablehnung der Verantwortung für die Politik der eigenen Regierung.

Die Hugenberg-Presse und die „Deutsche Zeitung" reden in den alten kräftigen Tönen der „nationalen Opposition" gegen Herrn Stresemann, der wieder einmal das deutsche Recht verraten hat. Diese Abart der Rechtspresse ist mit der Methode der Stresemannschen Außenpolitik so wenig einverstanden wie mit dem Prinzip. Die Deutschnationalen sind Regierungspartei. Sie haben sich beim Eintritt in die Regierung ausdrücklich zur bisherigen Außenpolitik bekannt. Sie haben Herrn Stresemann ein Vertrauensvotum gegeben. Wenn ein Teil ihrer Presse sich mit so großer Entschiedenheit gegen die Außenpolitik der eigenen Regierung wendet, so muß man der kommenden parlamentarischen Auseinandersetzung mit einiger Spannung entgegensehen.

Es handelt sich bei der Stellungnahme der „Deutschen Zeitung" und der Hugenberg-Presse um nichts weniger als um akademische Proteste gegen Taktik und Ergebnis von Genf, sondern um außerordentlich scharfe Angriffe gegen den Außenminister.

Die „Deutsche Zeitung" schreibt:

„Nicht in einem einzigen Punkte hat Stresemann auch nur den Versuch gemacht, Deutschlands Rechte ernsthaft und willensstark zu vertreten. Er hat sich von Anfang an auf Nachgeben eingestellt und diese Zielsetzung allerdings mit verblüffender Folgerichtigkeit angestrebt. Er hat Zaleski, dem polnischen Außenminister, in der Frage der Ausweisungen nachgegeben, er hat in der oberschlesischen Schulfrage Zugeständnisse über den Versailler Vertrag hinaus gemacht und er hat in der Frage des Bahnschutzes im Saargebiet sich sogar so weit drängen lassen, daß er selbst ein gegen die klaren Bestimmungen des Versailler Vertrages verstoßendes Kompromiß vorgeschlagen hat.

Wieder müssen wir feststellen, daß diejenigen recht behalten haben, die den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund als falsch, als verwerflich bezeichnet haben.

Man wird gespannt sein, wie das Kabinett sich zu den neuen Eigenmächtigkeiten des Herrn Reichsaußenministers stellen wird. **Daß er selbst schleunigst von der Leitung der deutschen Außenpolitik zu verschwinden hat, ist das allergeringste, was gefordert werden muß. Darüber hinaus aber halten wir den Augenblick für gekommen, den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund zu erklären.**"

Der „Lokal-Anzeiger" sieht im Ergebnis von Genf eine „neue Niederlage", die allein Herr Stresemann zu verantworten habe:

„Hält man dies beides zusammen: die Betonung Dr. Stresemanns, daß er ohne Instruktion auf eigene Verantwortung handele, und den Umstand, daß das jetzige Reichskabinett mit den beiden Genfer Hauptproblemen überhaupt noch nicht befaßt worden war — was haben wir dann anders vor uns, als die Taktik, die Ministerkollegen und die Koalitionsparteien „vor vollendete Tatsachen zu stellen"? Eine Taktik, vor der wir den Reichsaußenminister schon bei der Bildung des Kabinetts warnen zu müssen glaubten, was uns entrüstete Belehrungen aus dem engeren Lager der Stresemann-Presse eingetragen hat."

„Zusammengefaßt: Auch in der Saarfrage hat Dr. Stresemann den Rechtsboden unter dem Druck der anderen aufgegeben. Ueber den Frieden von Versailles hinaus und gegen ihn ist mit seiner Zustimmung die französische Besetzung verewigt worden. Die Vorbehalte, die Dr. Stresemann beim Aufgeben des Rechtsbodens gemacht hatte, sind mit einer einzigen und völlig inhaltsleeren Ausnahme unter den Tisch gefallen. **Deutsche Niederlage. Erklären von Dr. Stresemann; ohne Instruktion, auf eigene Verantwortung, zu der er sich bekennt und die er tragen will.**"

Noch drohendere Töne schlägt der „Tag" an, der Herrn Stresemann grundsätzliche Auseinandersetzungen ankündigt:

„Diese Improvisation des Herrn Stresemann bedeutet eine schwerwiegende Niederlage Deutschlands, die so leicht nicht wieder gut zu machen ist. Wir nehmen an, daß diese klägliche Episode noch Anlaß zu grundsätzlichen Erörterungen geben wird, die dem Verantwortlichen vermutlich nicht gerade angenehm sein werden."

Das ist das alte Spiel: die Deutschnationalen sind in der Regierung. Sie wollen gleichzeitig die Rolle der Opposition übernehmen. Sie schieben die ganze außenpolitische Verantwortung dem Außenminister zu, und schreien laut: wir sind unbeteiligt.

Jede Regierung trägt jedoch für die Schritte ihrer Vertreter Kollektivverantwortung. Weigert sich eine der in der Regierung vertretenen Parteien, diese Kollektivverantwortung zu übernehmen, so bedeutet das eben die Sprengung der Regierung.

Die Deutschnationalen stehen vor der Verantwortung. Ihr Geschrei: „Stresemann ist schuld!" hilft ihnen gar nichts. Gefällt ihnen die Politik nicht, die in Genf betrieben wurde, so mögen sie das im Parlamnet öffentlich erklären und ihre

Scharfmacherei gegen Achtstundentag

Die Berliner Industrie- und Handelskammer an die Regierung.

Die Industrie- und Handelskammer zu Berlin hat sich gegen den Entwurf eines Arbeitszeitnotgesetzes der Regierung mit folgender Begründung gewandt:

„Die vorgeschlagenen Aenderungen der Arbeitszeitverordnung erscheinen zum Teil nicht unbedenklich. Unangebracht ist es, die Freiheit des Tarifvertrages in der Weise einzuschränken, daß eine Kündigung der Bestimmungen über die Arbeitszeit unwirksam gemacht werden kann. Gegen die vorgesehene Vorschrift, der gemäß Mehrarbeit mit angemessenen Zuschlägen zu entlohnen ist, ist an sich nichts einzuwenden.

Bedenklich ist die Höhe des Ueberstundenzuschlages von 25 Proz., der die in Berlin üblichen Sätze stark überschreitet.

Die Beseitigung der Möglichkeit, Arbeitszeit über zehn Stunden täglich hinaus durch Tarifvertrag zu regeln, ist zu beanstanden. Die jedesmal erforderliche behördliche Genehmigung ist zu schwerfällig, um als Ersatz für den Tarifvertrag gelten zu können.

Die Beseitigung der Strafloſigkeit des Arbeitgebers bei Annahme freiwilliger Mehrarbeit muß für viele Betriebe, vor allem für solche mit häufig und plötzlich wechselndem Geschäftsumfange, von einschneidender Bedeutung sein, da es ihnen unmöglich wird, besonderen Anforderungen durch freiwillige Mehrarbeit der Arbeitnehmer gerecht zu werden. Eine Bemessung des Personalbestandes nach dem Maximum der geschäftlichen Inanspruchnahme ist wirtschaftlich untragbar und im Bedarfsfalle muß oft von Einstellung nicht eingearbeiteter und nicht genügend sachkundiger Hilfskräfte abgesehen werden.

Gegen mißbräuchliche Erweiterung des Begriffs der „freiwilligen Mehrarbeit" bietet eine im Vorjahre ergangene Entscheidung des Reichsgerichts den Arbeitnehmern einen genügenden Schutz."

Das heißt mit wenigen Worten: es soll bei der Arbeitszeitverordnung von 1923 bleiben. Keine Verkürzung der Arbeitszeit, kein Achtstundentag!

Vor dem Urteil im Jürgensprozeß.

Der Staatsanwalt hat das Wort.

Schon lange vor Eröffnung der Sitzung im Jürgens-Prozeß drängen sich die Zuhörer und die Pressevertreter und bereits entlassene Zeugen vor dem Eingang in den Gerichtssaal. Um ½1 Uhr ist die Tür immer noch verschlossen. Der Eintritt ist nur gegen Vorweis der speziell für den heutigen Tag ausgegebenen Karten gestattet. Auch an dem Eingang vor dem Gerichtsgebäude auf der Straße drängt sich das Publikum. Im Gerichtsgebäude selbst und draußen sind besondere Vorkehrungsmaßregeln getroffen.

Nach Eröffnung der heutigen Verhandlung im Jürgens-Prozeß kommt zuerst der Staatsanwalt zu Wort. Da auf seine ausführlichen Darlegungen eine nicht weniger ausführliche Replik der Verteidigung erfolgen dürfte, so wird wohl das Urteil erst in den späten Abendstunden gefällt werden.

Landgerichtsdirektor Bombe gibt nach Eröffnung der Sitzung seinerseits gegenüber Andeutungen einzelner Blätter die Erklärung ab, daß niemand von den Richtern sich befangen fühle und daß er von sich selbst sagen müsse, daß er Jürgens früher nicht gekannt habe und während des Krieges im Nachrichtendienst nicht tätig gewesen sei. Darauf trat das Gericht in die Verhandlung ein.

Konsequenzen ziehen, sonst müssen sie die politische und parlamentarische Verantwortung für das Ergebnis von Genf auf sich nehmen. Das ist eine Entscheidung, die in erster Linie eine interne Angelegenheit der Bürgerblockparteien ist. Sie müssen zeigen, ob sie geschlossen die Verantwortung übernehmen.

Die übrige deutschnationale Presse hält sich zurück. Man darf daraus schließen, daß sie damit rechnet, daß die deutschnationale Reichstagsfraktion die Tätigkeit Stresemanns und das Ergebnis seiner Genfer Politik billigen wird. Uebernahme der Verantwortung, nicht Wiederholung des Rückzugs aus der Regierung von 1925. In diesem Falle werden die lauten Töne der Hugenberg-Presse in der Tonart der „nationalen Opposition" nur aufklärend wirken. Sie werden zeigen, wie die deutschnationale Reichstagsfraktion hinter dem Wagen der Weltgeschichte hergeschleift wird.

Rosenberg, der Wahrer deutscher Ehre.

Völkisch-antisemitische Verleumder.

Hitlers „Völkische Beobachter" veröffentlichte am 30. April 1926 einen Artikel mit der Ueberschrift „Der ungeheuerliche Skandal des Femeausschusses in München. — Wann wird sich der sozialdemokratische Berichterstatter Levi von dem Vorwurf reinigen, bezahlter englischer Spion gewesen zu sein?" In dem Artikel hieß es:

„Wir weisen die deutsche Oeffentlichkeit erneut darauf hin, daß der Berichterstatter Levi derselbe ist, von dem seit über einem Jahre in der Schrift „Volksvergiftung" unwidersprochen behauptet wird, von englischen Spionen Geld genommen zu haben, also vom Feinde bezahlt worden zu sein. Dieser somit als niedriger Landesverräter Hingestellte ist Präses des Rechtsausschusses des Deutschen Reichstages und Berichterstatter des Femeausschusses. Dieser als Landesverräter Bezichtigte hat somit Einsicht in die geheimsten innerpolitischen Verhältnisse deutscher Wehrverbände. Doch da Levi nicht geklagt hat, müssen wir als wahr unterstellen, daß er wirklich bezahlter englischer Spion gewesen sei. Wer garantiert uns aber, daß der sozialdemokratische Führer nicht auch heute Landesverrat betreibt, und als englischer Spion im Deutschen Reichstage sitzt?"

Wegen dieses letzten Vorwurfes hat Genosse Levi die Beleidigungsklage gegen den verantwortlichen Redakteur des antisemitischen Blattes eingereicht, der den Namen — Rosenberg trägt, aus Rußland eingewandert ist und seit dem Jahre 1923 die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt. Die Gerichtsverhandlung, die schon vor einiger Zeit angesetzt war, mußte damals vertagt werden, da der Beklagte den Wahrheitsbeweis antreten wollte. Zu der heutigen Verhandlung vor dem Amtsgericht Berlin-Schöneberg war Genosse Levi und als dessen Vertreter Genosse Dr. Rosenfeld erschienen. Der anwesende Beklagte Rosenberg wird von dem Rechtsanwalt Herold verteidigt.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld möchte vor allem festgestellt wissen, ob der Beklagte wirklich deutscher Staatsangehöriger ist, da er ja für sich den § 193, d. h. die Wahrung berechtigter Interessen in Anspruch nimmt. Der Angeklagte Rosenberg hat demgegenüber die Stirn, zu sagen, als Deutscher gehöre er ja an und für sich zu Deutschland, den Rechtsanwalt Rosenfeld halte er zu dieser Frage überhaupt nicht berechtigt, da ein Jude, selbst wenn er deutscher Reichsangehöriger ist, kein Deutscher sei. Dem Richter selbst wolle er jedoch die Frage beantworten. Er legt darauf einen Reisepaß vor, aus dem zu ersehen ist, daß er seit 1923 deutscher Staatsangehöriger ist.

Es folgt nun eine längere Auseinandersetzung über die Frage, was eigentlich Gegenstand der Beleidigung ist. Die beklagte Partei ist über die Beschränkung der Privatklage auf die inkriminierte Stelle des Artikels, die den Vorwurf erhebt, daß Genosse Levi bezahlter englischer Spion sei, höchst ungehalten. Sie möchte die Gerichtsverhandlung auf das allgemeine politische Gebiet hinüberleiten und gewissermaßen einen kleinen Ebert-Prozeß nach dem Magdeburger Vorbild inszenieren.

Genosse Levi erklärt jedoch, daß ihn der Vorwurf des Landesverrats nicht berühre, da er über sein Verhalten während des Krieges nur seiner Partei, den Wählern und der Oeffentlichkeit Rechenschaft schulde, und daß ein Gerichtsurteil darüber nicht entscheiden könne. Die beklagte Partei habe nur den Beweis dafür zu erbringen, daß er bezahlter englischer Spion gewesen sei.

Der Angeklagte gibt sich aber mit dieser Erklärung nicht zufrieden. Er will wissen, ob Levi nicht von irgendeiner anderen Seite Geld erhalten habe. Der Vorsitzende erklärte jedoch, er würde sich auf das politische Gebiet nicht abdrängen lassen, es handle sich hier nur um den Vorwurf, daß Levi bezahlter englischer Spion gewesen sei.

Nun versuchte der Angeklagte aus einer Schrift, die von Bertram und Wolfheim herausgegeben ist, nachzuweisen, daß Levi doch englischer Spitzel gewesen sein müsse. Der anwesende Zeuge Wolfheim, der auf Antrag des Nebenklägers geladen worden ist, läßt den Herrn Rosenberg jedoch völlig im Stich. Er, früher Kommunist, Parteigenosse des Genossen Levi, und später Nationalbolschewist, erklärt, er habe nie behauptet, daß Levi englischer Spion gewesen sei oder zu Spionagezwecken Geld erhalten habe. Nach der Kenntnis der Persönlichkeit des Genossen Levi halte er dies für völlig ausgeschlossen. Er habe nur von einem Fall Kenntnis, wo Levi im Jahre 1919, also nach der deutschen Revolution, auf die Bitte eines Hamburger Parteigenossen ausländisches Geld eingewechselt habe, das dem Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat von russischer Seite zu revolutionären Zwecken eingehändigt worden sei. Seines Wissens rührte dieses Geld in Wirklichkeit vom englischen Nachrichtendienst her. In seiner Broschüre habe er nur so viel sagen wollen, daß Genosse Levi von sich aus englische Politik getrieben habe; er treibe sie auch jetzt noch, ferner, daß die ganze deutsche Revolution von englischem Geld verseucht sei.

Die Beweisaufnahme ist damit geschlossen. Das Gericht verurteilte Rosenberg zu 300 Mark Geldstrafe. In der Urteilsbegründung wurde u. a. ausgeführt: Der Wahrheitsbeweis sei mißlungen; der § 193 komme für den Beklagten nicht in Betracht, wenn der Vorwurf des Landesverrats im Artikel auch nicht so sehr in den Vordergrund trete, so sei der andere Vorwurf, daß der Kläger englischer Spion gewesen sei und noch jetzt als solcher im Reichstag sitze, um so schwerwiegender. Daß der Beklagte solange geschwiegen habe und erst jetzt das Maß der Verleumdung als gerüttelt voll gehalten habe, sei seine Sache. Dem Beklagten wird die Publikationsbefugnis im „Völkischen Beobachter" zugesprochen.

Der Fürst.

Ein echter Hohenzoller im Schwabenlande.

Sehr wichtige Dinge werden aus Sigmaringen, der vormaligen Hauptstadt des vormaligen Fürstentums Hohenzollern, gemeldet. Seine Durchlaucht Fürst Wilhelm, übrigens ein Bruder des rumänischen Königs — Fürstenhäuser sind international bis auf die Knochen! —, hat Geburtstag gefeiert, und die Stadt trug, wie sich das für eine Haupt- und Residenzstadt gehört, reichen Flaggenschmuck. Es gab einen Festgottesdienst, ein Festessen und ähnliche festliche Dinge. Interessant ist weiter, daß unsere treu republikanischen Reichswehroffiziere, die zufällig gerade an diesem Tage zur Besichtigung eines Manövergeländes aus Tübingen herbeigeströmt waren, in fürstlicher Equipage mit galonierter Dienerschaft am Bahnhof abgeholt wurden, um an der Geburtstagstafel Seiner Durchlaucht teilnehmen zu können. Und noch nachträglich wünschen wir ihnen guten Appetit!

Fürst Wilhelm ist übrigens auch sonst ein bemerkenswerter Knabe. Letzthin nahm er an irgendeiner öffentlichen Feier teil und beschwerte sich bitter, daß nicht Ihm, sondern den gesetz- und verfassungsmäßig hierzu berechtigten Vertretern der obersten Behörden die Ehrenplätze zugewiesen wurden. Er drohte, zusamt seinem Hofstaate Sigmaringen fluchtartig zu verlassen und nach München zu übersiedeln. Er scheint es sich aber inzwischen anders überlegt zu haben.

Sand und kleine Steine nennt man Kies. Das Benehmen der Sigmaringer Bürger aber, die aus dem Geburtstag eines simplen, wenn auch nicht unbegüterten Privatmannes eine große Angelegenheit mit Flaggenschmuck und Tschingdada machen, bezeichnet man als Knechtsinn, der einzig geeignet ist, die Ueberheblichkeit deposseddierter Potentaten zu fördern.

Die Kanalprojekte.

Aussprache im Haushaltausschuß des Reichstags.

In der Montagssitzung der Vereinigten Ausschüsse für den Reichshaushalt und den Verkehr fand die allgemeine Aussprache über die schwebenden Kanalprojekte statt. Das Kernproblem dieser ganzen Frage ist die Fortführung des Mittellandskanals von Peine bis Magdeburg, gegen die im Gegensatz zu den Auffassungen der Vorkriegszeit jetzt auch auf vielen Seiten schwere Bedenken bestehen, sowie die Ausführung des sogenannten Südflügels des Kanals, nämlich des Verbindungsstückes mit dem Wirtschaftsgebiet der oberen Saale. Zur Erörterung stehen weiter die Fragen des Rhein—Weserkanals, des Küstenkanals, des Neckarkanals, des Klodwitz—Hansa—Aachen—Rheinkanals. Als Unterlage für die Verhandlungen sind den Mitgliedern der beiden Ausschüsse im Laufe der letzten Wochen von Interessenten und Gegnern Stöße von Gutachten, Plänen, Karten usw. zugegangen.

Der volksparteiliche Abg. Dr. Cremer führte aus, daß nach seinen Berechnungen die bereits in Angriff genommenen Projekte mit den Bau- und sonstigen Ausführungen, die sie im Gefolge haben müssen, 1½ bis 2 Milliarden verschlingen werden. Solche ungeheuren Summen könnten, wenn überhaupt, nur durch Anleihen flüssig gemacht werden. Man müsse auch bedenken, daß es den Kredit Deutschlands nicht erhöhen könne, so ungeheure Summen aus Anleihen für Unternehmungen auszugeben, die die Zinsen und Amortisation dieser Anleihen selber nicht decken können.

Genosse Schumann erklärte, daß für ihn und die Sozialdemokratie bei der Prüfung aller Projekte lediglich rein wirtschaftliche Gesichtspunkte in Betracht kommen. Die Uebernahme des gesamten Eisenbahnnetzes der Länder durch das Reich habe auch Uebergang aller Wasserstraßen auf das Reich zur notwendigen Folge gehabt. Das Ziel dieser Zusammenfassung des gesamten Eisenbahn- und Wasserstraßenverkehrs in einer Hand sei gewesen, beide Verkehrsmöglichkeiten genau aufeinander abzustimmen und einheitlich zu betreiben. Dieses Ziel sei durch die Dawesgesetze zerstört. An Stelle des Aufeinanderabstimmens sei eine große

Verschärfung der Gegensätze zwischen Bahn- und Kanalfreunden getreten.

An diese Verschärfung trage die Reichsbahn ein gut Teil der Schuld. Sie habe geglaubt, zunächst allen Kanalprojekten gegenüber eine scharf ablehnende Haltung einnehmen zu können. Die wichtigste Aufgabe des Verkehrsministeriums sei es, die richtige Mitte zwischen den Forderungen der Eisenbahnfexe und der Kanalfexe zu finden, wenn durch neue Wasserstraßen nicht große Wirtschaftsvorteile geschaffen werden, dann solle man die Hand davonlassen. Seit 1919 seien an neuen Kanälen nur wenige Kilometer gebaut, gegenüber 12 564 Kilometer Wasserstraßen, die wir in Deutschland haben und deren Leistungsfähigkeit außerordentlich ungleichmäßig ist. Auf dem Rhein könnten Schiffe bis 4000 Tonnen verkehren, dann geht es hinunter bis zu 170 Tonnen, mit denen nichts anzufangen sei. Das Rückgrat der ganzen künstlichen Wasserstraßen in Deutschland seien die großen Ströme. Diese bewältigen allein etwa fünf Sechstel des gesamten Wasserstraßenverkehrs, und

es sei daher die Hauptaufgabe, diese großen Ströme als Wasserstraßen auf der Höhe zu halten.

Die Weserkanalisierung scheine ihm notwendig zu sein, auch das letzte Stück des Mittellandkanals müsse fertiggestellt werden.

Hakenkreuzlerterror in Köln.

Ueberfall auf ein israelitisches Wahllokal.

Köln, 14. März. (Eigener Drahtbericht.) Die israelitische Kultusgemeinde wählte am Sonntag in ihrer Repräsentantenversammlung ihre Vertreter. Durch Terrorakte eines Trupps Hakenkreuzler kam es dabei zu blutigen Schlägereien. Eine Anzahl Rowdies überfiel am Nachmittag ein Wahllokal. Es entstand ein großes Handgemenge, wobei mehrere Personen verletzt wurden. Die Polizei mußte eingesetzt werden, die unter Verwendung des Gummiknüppels Ruhe schaffte und einige schwarzweißrote Raufbolde verhaftete.

Der Terror der Hitlerianer ist zu einer förmlichen Landplage geworden. Wenn nicht bald von den Behörden derart durchgegriffen wird, daß diese Burschen zur Vernunft kommen, wird man wohl oder übel im Rheinland zur Selbsthilfe greifen müssen, was für die Hakenkreuzler peinlich werden könnte.

Victor Hugo im „Theater des Westens"

Die Franzosen spielen Victor Hugos „Ruy Blas". Das Stoffliche dieser stolzen und hochgestellten Tragödie ist mehr als interessant. Behandelt wird eines der traurigsten und schwierigsten Kapitel aus der scheußlichen Geschichte Spaniens. Kurz vor 1700 war die spanisch-habsburgische Dynastie bis auf die Knochen verrottet. Wir können ein Buch lesen, das soeben der französische Arzt und Historiker Dr. Cabanis über dieses entartete Geschlecht drucken ließ. Was da steht, ist niederschmetternd: des allmächtigen Karl V. Mutter war jene Johanna, der selbst die ergebensten Hofchronisten der Zeit den Namen der Wahnsinnigen gaben. Die Prinzessinnen und Prinzen dieses Hauses waren religiös fanatisch bis zur Tollheit, was sie nicht hinderte, alltäglich 20 Pfund Früchte, etliche Pfunde Fleisch und dazu noch einiges Geflügel aufzufressen. Karl V. war wahrscheinlich ein Syphilitiker, und was aus seinem Blut gezeugt wurde, verbiß sich in die Freude an den Inquisitionsgreueln. Man verbrannte zwei Jahrhunderte lang und länger die angeblich ketzerische Menschheit auf dem Scheiterhaufen. Die Urmutter des Geschlechts, die tolle Johanna, gönnte dem Leichnam ihres Gatten nicht die Erdenruhe und führte den Kadaver mit sich herum, um ihm bei jeder Gelegenheit die Füße zu küssen. Dieser den Irrenärzten als eine böse Seelenverwirrung bekannte Geschmack an der Leichenvergötterung vererbte sich auf Sohn und Enkel bis auf den lendenlahmen Karl II., der keine Nachkommen mehr zeugen konnte, obwohl man ihn mit einer gesunden und sinnenfreudigen und ausdrücklich zu diesem Zweck berufenen deutschen Prinzessin verheiratet hat.

Diese deutsche Prinzessin hat die Phantasie Victor Hugos gereizt. Er dichtete ihre Tragödie. Er verwickelte sie in eine mächtig vorwärtsgepeitschte Intrigue der Liebhaber der Königin. Ruy Blas liegt am Schluß vergiftet auf der Bühne. Victor Hugo wollte, wie er selbst gesteht, in Ruy Blas den Sohn des revolutionären Volkes charakterisieren. Victor Hugo liebte das Volk. Er traute ihm alle guten Instinkte zu. Er wollte als Dramatiker Corneille und Shakespeare zusammenschmieden. Er gesteht, daß er seine Tragödie über die empfindsamen Frauen, über die tiefen Denker für die schaulustige Masse zugleich schaffen wollte. Die Erfüllung dieses Wunsches wurde ihm nach unserem heutigen Geschmack nur teilweise gewährt. Was von seinem Stück übrigbleibt, das sind die großartigen Theatertiraden, die bis heute das Entzücken aller Tragöden und Tragödinnen von virtuoser Atemtechnik bilden.

*

Aber diese Riesenarien sind die Verführung der Schauspieler. Die Künstler deklarieren ihre Alexandriner ins Uferlose. Man hat auch in Frankreich versucht, solche Monsterrhetorik einzudämmen; die Tradition ist jedoch so stark, daß die wenigsten Schauspieler ihr entgehen. Bei uns in Deutschland versuchen die kleinsten Regisseure die Klassiker, die eben von der Zeit verstaubt sind, frisch und lebendig zu machen. Der stilistische Konservatismus ist in Frankreich fast unausrottbar. Unsere französischen Gäste taten alles, um innerhalb der Ueberlieferung zu bleiben.

Das französische Theater bereitet Jubelfeste vor. Es soll die Erinnerung an die Anfänge der Romantik gepflegt werden. Man errichtete an der Sorbonne einen eigenen Lehrstuhl für Victor Hugo, um des Urvaters der Romantik respektvoll ausgiebig zu gedenken. Victor Hugo brachte den ungeheuren Schwung und die Leidenschaft des überschwenglichen Gefühls in die französische Dichtung. Die Generationen, die nachher folgten, nährten sich von seinen Gaben des Ueberflusses voller Dankbarkeit. Vielleicht bleibt von dem ungeheuerlichen Reichtum der Victor Hugoschen Dichtung nur einiges, was in schlichten Versen und in stilleren Stunden gesagt wurde, und dann noch die Großartigkeit der Hugoschen Romane, durch die in Europa überhaupt erst die soziale Erzählung angeregt wurde. Alles übrige ist nur noch Rest für die Philologen und Relique für die Parteileute, die sich um den Namen des Unsterblichen zusammenscharen, um ihm eine unbestrittene Unvergänglichkeit zu sichern.

Wir sind ganz zufrieden, daß wir in Berlin einen Abglanz dieser Feste für die Romantik erhaschten, wurden wir auch nicht übermäßig erwärmt und beglückt.

Max Hochdorf.

Städtische Oper: Gastdirigenten.

Man sollte Kapellmeister, die auf Engagement gastieren, neue Opern einstudieren, an Chor, Orchester, Solisten ihr pädagogisches Talent erproben lassen. Nur so lernt man erkennen, wes Geistes Kind die Orchesterführer sind. Opern, die im Repertoir „stehen", glücken am Abend der Aufführung auch dem Mittel-Begabten, und andererseits kann sich der Begabteste an der Intoleranz von Kräften, an der Eingleisung bestimmter Manieren, Tempi, Ausdrucksnuancen zu Tode laufen. Dazu kommt, daß die Stimmung der Bühnenleute dem neuen Besen gegenüber nicht immer günstig ist, und auch die Wahl des vorgeführten Werks, dankbar, gesanglich, problematisch, hinreißend, spricht mit, um das Urteil schwer, verantwortungsvoll zu machen. In der Städtischen Oper gehen ein paar Kapellmeister ab, andere sollen ans Pult kommen. Waghalter und Denzler dirigierten bereits, Sebastian und Oppenheim sollen folgen, vielleicht auch noch andere. Erst nach Abschluß sämtlicher Gastspiele wird sich die Oper entscheiden und in der Wahl das Schicksal des Instituts, die Notwendigkeit bestimmter Dirigierspezialitäten, das Hörurteil, die Resonanz bei Publikum und Presse berücksichtigen. Auch die Einstimmung des Gastes in die Mentalität der Ausübenden, der leitenden Kunstfaktoren, menschlich wie artistisch, wird nicht ohne Einfluß sein. Das Ziel aber heißt: die Einzelqualität der Aufführungen in der Städtischen Oper heraufzuleiten zu der Sicherheit der Dauerqualität. Daran litt das Theater bisher; hier wird und muß Rat geschafft werden.

Der Zufall oder die besondere Einsicht des Intendanten Tietjen brachte es zuwege, daß die beiden ersten Probedirigenten an Werken zu Wort kamen, die ihnen besonders gut liegen, und die ihre Befähigung deutlich macht. Es glückten beide Abende. Aber es wäre eine Verschleierung des Tatbestandes, wollte man mit einem anderen als einem problematischen Urteil dem Problem der neuen Dirigentengarde begegnen. Der Takt verbietet, viel von Waghalter zu erzählen. Einmal, weil er von seiner Tätigkeit an der Gregorschen und an der Charlottenburger Oper her in Berlin bekannt genug ist; das andere Mal, weil gerade wir ihn bei allen Vakanzen als Prätendent öffentlich empfohlen hatten. Also nur soviel: Seine „Aida"-Interpretation war gekonnt, routiniert, leidenschaftlich, glanzvoll. Und das, obgleich seine Tempi durchaus nicht die immer gewohnten waren, und obgleich er eine im Beginn deutlich fühlbare Obstruktion zu überwinden hatte. Sehr bald berauschte die Musik Dirigent und Bühne und Orchester mit gleicher Macht. Die Homogenität von Spiel, Musik und Tanz war hergestellt. Die Starre des Raumes wurde leicht, die Stimmgefahr bei der Aida allmählich, die Gemütlichkeit der Amneris durch Lockerung ihrer herrlichen Bewegungskunst, die Unbeweglichkeit der Chöre durch Gewalt und Kraft überwunden. Der Wille des Kapellmeisters siegte.

Robert Denzler ist eine ganz andere Natur. Sachlich, streng, herb, ohne Sinn für Glanzlichter, für Effekte, für Hitze. Eine kühle Begeisterung geht von ihm aus. Die Ruhe und Sicherheit seiner Bewegung faßt klar Orchester und Sänger zusammen. Der Klang der „Meistersinger"-Partitur ist für Denzler der kammermusikalische. Nicht gewohnt an das große Haus, dämpfte er gar zu sehr, lockt aber an bezeichnenden Stellen die Instrumente wohlig, nie aufdringlich, aus ihrer Ruhe. Temperament wird durch Formgefühl zurückgehalten, und eine Brillanz der Dynamik fehlt wie eine Brillanz der Stabführung. Man ist auch bei diesem Mann geborgen, der sein Handwerk typisch deutsch beherrscht, und der auch in Momenten der Begeisterung beherrscht bleibt. Kein Publikumsdirigent mit Konzessionen, aber immer von kultiviertestem Geschmack. In der Aufführung fiel besonders die frohe, natürliche, saubere Spielart des Ditterschen Hans Sachs angenehm auf.

Italienische Musik, deutsche Musik. Die beiden Kunstarten waren bezeichnend von zwei entsprechenden Rassentypen des Dirigierens ins rechte Licht gesetzt worden. Zwei Erfolge.

K. S.

Ehrung deutscher Künstler. Thomas Mann, der in Warschau Vorträge hielt, ist dort außerordentlich gefeiert worden. Max Reinhardt ist in Paris Gegenstand vieler Aufmerksamkeiten geworden. Gémier, der Direktor des zweiten Staatstheaters, lud ihn ein, bei der für Juni in Paris geplanten internationalen Theaterveranstaltung mit einer Truppe mitzuwirken.

Deutschlands Erdölförderung betrug nach einer Statistik, die in der „Umschau" veröffentlicht wird, im Jahre 1924 60 000 Tonnen, so daß jetzt ein Zwölftel unseres Bedarfes durch Eigenförderung gedeckt wird. Fast das ganze Oel in Deutschland wird in der Provinz Hannover gewonnen, und da wenig Aussicht besteht, neue Oelfelder bei uns zu entdecken, so ist das Verfahren zur Verflüssigung der Kohle für uns von besonderer Bedeutung.

„Künstlerische Formgebung des Reiches". Sonntag fand die Eröffnung der neugeordneten städtischen Galerie in Nürnberg statt, mit der eine vom Reichskunstwart Dr. Redslob vorbereitete Ausstellung „Künstlerische Formgebung des Reiches" verbunden ist.

Ein radiumhaltiges Uran-Glimmerlager wurde in der Nähe von Lachaux bei Clermont-Ferrand (Frankreich) entdeckt.

„Volkstrauertag."

Zur Erinnerung an die im Kriege Gefallenen veranstaltete der „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge" wieder einen „Volkstrauertag". Von den sieben öffentlichen Trauerfeiern, die in Berlin am gestrigen Sonntag stattfanden, war die Feier im Reichstagshaus die größte. Hier sah man unter den Teilnehmern den Reichspräsidenten Hindenburg und Mitglieder der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung.

Stärker noch als im vorigen Jahr drängte sich die Empfindung auf, daß diese Veranstaltungen des Volksbundes nicht geeignet sind, alle Schichten des Volkes zu einer gemeinsamen Kundgebung zusammenzuführen. Pfarrer Siems, der Präsident des Volksbundes, betonte in seiner Gedenkrede immer wieder, daß in der Erinnerung an jene uns teuren Toten doch das ganze Volk einig sein könne. Aber er versagte es sich nicht, die erledigte Person des früheren Kaisers hineinzuziehen, indem er von den zwei Millionen Toten rühmte, daß sie „ihrem Kaiser, Volk und Land die Treue gehalten haben bis zum Letzten". Uns scheint, gerade an einem Volkstrauertag wäre es richtiger, daß die mehr oder minder lauten Verehrer des früheren Kaisers wenigstens hier von ihm schweigen. Hat der Redner, der ihn nicht unerwähnt lassen zu dürfen meinte, vielleicht darauf angespielt, daß in der Stunde des Zusammenbruchs dieser Kaiser durch Flucht vor „seinem" Volk sich nach Holland in Sicherheit brachte? Ach nein, davon zu reden, hätte dem Volksbundpräsidenten wahrscheinlich als „Parteipolitik" gegolten. Er sagte auch nichts davon, daß wir heute eine Republik haben, in der wir einen Hort des Friedens sehen dürfen. Vergeblich wartete man auf ein Wort gegen den Krieg, vergeblich auf das Gelöbnis, daß alle Volksgenossen ihre ganze Kraft einsetzen wollen und werden, eine Wiederholung jenes grauenvollen Völkermordens zu verhüten. Uns predigt ein Volkstrauertag: „Nie wieder Krieg!" Aber wer wollte das von diesem Redner erwarten? Bei seinen Hinweisen auf Deutschlands Zukunft, bei seiner Mahnung, nach vorwärts zu blicken auf neue Werte und auf neue Ziele, konnte jeder sich denken, was jedem nahe lag. Was die Rachekriegshetzer bei solcher Mahnung sich denken, wissen wir. Man braucht auch nicht darüber in Zweifel zu sein, was sie sich bei der Schlußansprache gedacht haben werden. „So schauen wir," sagte Pfarrer Siems, „in diesem Augenblick auf unseren großen Führer, unseren Hindenburg. Bei den zwei Millionen Toten geloben wir ihm in ihrem Sinne und in ihrem Geiste: Vorwärts! Aufwärts! Deutschland muß leben!" Mit dem Gesang des Deutschlandliedes fielen die Teilnehmer der Kundgebung ein, dem Gesang der ersten Strophe und nur der ersten, wie das ihnen in die Hand gegebene Programm es vorschrieb. Die dritte Strophe, die Einigkeit und Recht und Freiheit als des Glückes Unterpfand preist, hätte wohl nicht zu dieser Feier gepaßt.

Nach welcher Seite hin der „Volkstrauertag" sich entwickeln will, das war auch an der Betonung des Militärischen zu erkennen. Im vorigen Jahr begnügte man sich noch mit dem Schmuck der Fahnen von Studentenkorps, deren Abordnungen in den Saal einzogen. Diesmal kamen dazu noch alte Armeefahnen, die von der Reichswehr feierlich hereingetragen wurden. Und draußen vor dem Reichstagshaus, auf dem Platz der Republik, war eine Kompagnie Reichswehr aufmarschiert, zu der nach Schluß der Feier der Reichspräsident sich hinausbegab, um die Front abzuschreiten. Die Forderung, einem „Volkstrauertag" alles Militärische fernzuhalten, wäre vermutlich eine von jenen „Sentimentalitäten", die Pfarrer Siems in seiner Gedenkrede ausdrücklich ablehnte.

•

Neben dieser großen Feier, an der sich Regierungsstellen und Behörden beteiligten, fanden noch sechs weitere Kundgebungen statt. In der Stadthalle in der Klosterstraße, wo der Zentralverband der Kriegsbeschädigten seine Mitglieder versammelt hatte, sprach der Reichstagsabgeordnete Thiel; im Lehrervereinshause am Alexanderplatz nahm der Caritasverband an der Feier teil. Hier sprach Kaplan Fahsel. In der Hochschule für Musik veranstaltete der Provinzalverein vom Roten Kreuz, Berlin, eine Feier, die von musikalischen Darbietungen umrahmt war.

Auch für diese Feiern galt, was eben gesagt wurde. Es waren nationalistisch-militaristische Verherrlichungen des Kriegssterbens und dem wirklichen Sinn eines Volkstrauertages so weit wie möglich entfernt.

Einbrüche am Sonntag.

Für 150 000 Mark Beute in der Markgrafenstraße.

Außerordentlich große Beute machten Einbrecher, die im Laufe des gestrigen Sonntags eine Seidengroßhandlung in der Markgrafenstraße heimsuchten. Die unbekannten Verbrecher gingen vom Hofe aus vor, erbrachen eine Kellertür, kamen über eine Treppe gleich in den Laden und dann auch noch in das in dem großen Raum etwas höher gelegene Privatkontor. Hier erbrachen sie den Schreibtisch und stahlen die Portokasse. Aus den Fächern des Verkaufsraums und des Lagers nahmen sie die ganzen Kartons mit Seide aller Farben heraus. Im Keller leerten sie sie und packten den Inhalt zum Wegschaffen in Säcke. Ohne bemerkt zu werden, verschwanden sie mit der großen Beute auf dem Wege, auf dem sie gekommen waren. Als der Wächter gestern abend um 10 Uhr seinen Dienst antrat, entdeckte er den Einbruch und benachrichtigte gleich die Polizei des 15. Reviers. Eine Absuchung des Grundstückes hatte keinen Erfolg mehr. Die gestohlene Seide hat einen Wert von etwa 150 000 M. — Auch an anderen Stellen haben die Sonntagseinbrecher gestern gearbeitet. So wurden nachmittags zwischen 2 und 3 Uhr, während sich die Gäste im gemeinsamen Speisezimmer aufhielten, aus verschlossenen Zimmern eines Pensionates in der Gegend des Zoo zwei kostbare Damenpelzmäntel gestohlen, ein Zobelmantel, der 25 000 M. wert ist und ein Persianer im Werte von 3000 M.

Kühlmanns Befinden weiterhin ernst.

Das Befinden des am Sonnabend voriger Woche Unter den Linden bei einem Straßenunfall verunglückten Staatssekretärs a. D. v. Kühlmann, der in der Klinik Ziegelstraße Aufnahme fand, ist nach wie vor unverändert. Der Patient hat die letzte Nacht einigermaßen gut verbracht, und man hofft, falls keine Komplikationen eintreten, ihn am Leben zu erhalten.

Die Arbeitsinvaliden protestieren.

In vier großen Kundgebungen protestierte gestern der „Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands" gegen die beabsichtigte Verzögerung der Neuregelung der Rentenbezüge. Die Versammlungen waren sehr gut besucht, einige sogar überfüllt. Die Redner, Reichstagsabgeordneter Genosse Karsten, Landtagsabgeordneten Genossen Michel und Pflaumer, referierten unter stürmischen Zustimmungen der Versammlungen über die Forderungen des Zentralverbandes. Mit 42 Mark im Monat soll ein Rentenempfänger seinen Lebensunterhalt bestreiten. Der Krieg und die Inflation haben dazu beigetragen, daß aus vielen produktiv Tätigen durch den gewaltigen Verbrauch an Arbeitskräften Rentenempfänger geworden sind. Die Rentenempfänger haben jahrelang ihre Beiträge bezahlt und damit Anrecht auf Unterstützung erworben. In der heutigen Regierung sitzen die Rechtsparteien, und jedesmal, wenn die Vertreter der Linksparteien die Regierung auffordern, zu den Forderungen der Arbeitsinvaliden Stellung zu nehmen, wird nur geantwortet, die Regierungsparteien sind sich noch nicht mit dem Finanzminister einig. Mit dieser Ausrede haben sich die Regierungsparteien in den Ausschüssen und im Plenum herausgeredet. Das Zentrum wird um die Entscheidung nicht herumkommen. Die Regierung will nur kleine Zugeständnisse machen. So sollen die Renten der Invaliden, die schon vor dem Kriege Invalidenmarken geklebt haben, etwa 2 Mark mehr erhalten. Bei den Beratungen des Sozialetats muß die Regelung der Rentenbezüge geklärt werden. Unter reichem Beifall der Versammlungen konnten die Referenten feststellen, daß die Linksparteien jede Gelegenheit benutzen werden, um bei den Etatsberatungen die Forderung der Arbeitsinvaliden zu unterstützen. Die am Sonntag im ganzen Reich veranstalteten Kundgebungen des Reichsverbandes sollen diesem parlamentarischen Kampf genügend Nachdruck verleihen. Nicht Abbau, sondern Auf- und Ausbau der sozialen Gesetzgebung verlangen die Arbeitsinvaliden und Witwen.

Zwischenfälle im Femeprozeß.

Der Angeklagte Fuhrmann entzieht seinem Verteidiger das Mandat.

Der heutige dritte Tag des Wilms-Prozesses bringt ein Massenaufgebot von etwa 50 Zeugen, die kaum heute alle vernommen werden dürften. Der Vorsitzende ermahnte die Zeugen besonders eindringlich, die Wahrheit zu sagen, und erklärte: „Sie müssen und dürfen alles sagen. Es wird Ihnen nichts passieren. Wir werden Sie in jedem Fall zu schützen wissen."

Darauf stellte Rechtsanwalt Dr. Sack eine Anzahl Beweisanträge über die Tatsache, daß dem Befehl zur Aushebung des kommunistischen Waffenlagers nicht Schulz, sondern Hauptmann Gutknecht gegeben habe. Hauptmann Gutknecht befinde sich in Britisch-Südwestafrika. Er soll durch einen Konsul oder Bezirksrichter vernommen und seine Stimme durch Parlograph festgestellt werden. Das sei nötig, um zu beweisen, daß die Stimme Gutknechts der des Angeklagten Schulz zum Verwechseln ähnlich sei. Vors.: Ein Eingehen auf diesen Antrag bedeutet Vertagung des Prozesses.

Fuhrmann ohne Verteidiger.

Einen Zwischenfall gab es, als der Verteidiger des Angeklagten Fuhrmann, Rechtsanwalt Puppe, einen Beweisantrag stellt, aber dabei erklärte, daß dieser Angeklagte ihm den Auftrag zur Verteidigung entzogen habe. Der Versuch, aus den Reihen der anwesenden Anwälte einen Offizialvertreter zu benennen, scheiterte an deren Widerspruch. Dr. Puppe hat seinem Kollegen Dr. Bloch gesagt, er würde dem Gericht davon Mitteilung machen müssen, daß Sommerfeldt vor seiner Vernehmung bei Bloch gewesen sei! Dieser erklärt jedoch, es habe sich bei dieser Rücksprache nicht um den Prozeß, sondern um eine Schuldenangelegenheit gehandelt.

Nach längerem Hin- und Her übernimmt der zufällig im Saal anwesende Rechtsanwalt Hildebrandt die Verteidigung und die Verhandlung geht fort.

Oberleutnant Held von der Infanterieschule in Dresden, der früher beim Wehrkreiskommando III tätig war, erklärte als Zeuge, er wisse vom Fall Wilms überhaupt nichts. Dagegen verbreitete sich der Zeuge über die Stellung des Angeklagten. Schulz habe Befehlsgewalt gegenüber den Arbeitskommandos direkt nicht gehabt. **In dringenden Fällen habe er selbständig gehandelt,** dann aber hinterher die Sanktion des Wehrkreises eingeholt. Vors.: Wie wurden strafbare Handlungen geahndet. — Zeuge: Durch sofortige Entlassung, da uns andere Mittel nicht zur Verfügung standen. Schulz als alten Soldaten war es klar, daß er Disziplinargewalt nicht besaß. — Vors.: Wurden Strafakten angelegt? — Zeuge: Darüber bin ich nicht ganz im Bilde. —

Auf Befragen des Vorsitzenden, ob die Angehörigen der A. Ks. Ausweise bekamen, erklärte der Zeuge, daß die Offiziere seines Kommandos wenigstens solche Ausweise hatten. R.-A. Bloch: Haben Sie Herrn Stattien Befehle gegeben, die er ausführen mußte? — Zeuge: Befehle brauchte er als Zivilangestellter nicht anzunehmen. — Justizrat Hahn: Was stand in den Zivildienstverträgen drin, besonders bei Buchrucker? — Zeuge: Der Wortlaut ist mir nicht bekannt. — Justizrat Hahn: War darin nicht direkt auf die Schweigepflicht Wert gelegt? — Zeuge: Jawohl, das war bei der diskreten Tätigkeit der Arbeitskommandos auch notwendig. Justizrat Hahn: Wissen Sie, daß Klapproth zur besonderen Verwendung für Schulz stand? — Zeuge: Ich weiß nur, daß Schulz einige Leute als Boten, Chauffeure usw. benutzte. Als dann dieser Klapproth mit der Polizei in Konflikt kam, ersuchte ich Schulz, Klapproth im Wehrkreis nicht mehr zu benutzen. — R. A. Hildebrandt: War den Offizieren ausdrücklich gesagt worden, daß ihr Verhältnis zum Wehrkreis nur das des Angestellten zum Arbeitgeber war. — Zeuge: Direkt wohl nicht. — R. A. Hildebrandt: Weshalb wurde dann das Verhältnis der Leute so verschleiert. — Zeuge: Weil wir Spionagetätigkeit abwehren mußten. — Justizrat Hahn: Sind für die Arbeiter der Arbeitskommandos auch Invalidenmarken geklebt worden? — Zeuge: Das weiß ich nicht. — Justizrat Hahn: Wurden die Leute der Arbeitskommandos auch im Waffengebrauch exerziert? — Zeuge: **Da die Leute mit Waffen zu tun hatten, mußten sie in großen Zügen damit umgehen können.** — Justizrat Hahn: Haben die Arbeitskommando-Leute mit der Reichswehr zusammengeübt? — Zeuge: Mit der Reichswehr nicht, allein vielleicht in kleinem Umfang. — Justizrat Hahn: Mußten sie Munition ins Ruhrrevier bringen? — Vors. und Erster Staatsanwalt: Das gehört doch nicht hierher. — Justizrat Hahn: Doch meine Herren

es war so, daß die Leute der Arbeitskommandos sich als Soldaten fühlten, nicht als Arbeiter,

die zu den Offizieren sagen konnten: „Ihr habt uns gar nichts zu befehlen." Zeuge: Gewiß haben wohl die Leute aus vaterländischer Gesinnung eine soldatische Auffassung gehabt. Auf weitere Fragen über die Stellung der Reichswehr zu den Arbeitskommandos antwortet der Zeuge ausweichend. Dr. Sack: Wußten Sie etwas von Femelisten? Zeuge: Wir hatten nur Listen der Leute in den Arbeitskommandos, andere Listen hatten wir nicht.

Dr. Sack: In der Presse wird es immer so dargestellt, als ob Schulz der „Macher des ganzen Ladens" gewesen sei. Stimmt das? Zeuge: **Schulz war nur eine ausführende Hand des Wehrkreiskommandos,** nicht eine selbständige Hand. Dr. Sack: Konnte sich aber vielleicht ein ähnlicher Eindruck bei den untergeordneten Leuten festsetzen? Zeuge: Gewiß, da viele Leute von ihm eingestellt wurden, bildete sich ein gewisses Abhängigkeitsgefühl heraus, oder besser gesagt der moralischen Verpflichtung. Justizrat Hahn: Welche Dienstanweisung galt für die Arbeitskommandos, etwa die der Armee? Zeuge: Nein, es war eine besondere Anweisung. Justizrat Hahn: Im Kottbusser Prozeß hat Oberstleutnant Bock ausgesagt, daß die Leute in den Arbeitskommandos derselben strengen Manneszucht unterlagen, wie die anderen Soldaten. Zeuge: Wer in die Arbeitskommandos freiwillig hineinging, mußte sich den Vorschriften fügen. Vors.: Es war also freiwillige Unterordnung unter die Disziplin. Mir fällt da ein Wort des Kommandanten der freiwilligen Feuerwehr ein, der sagte:

Bei uns ist freiwillig nur der Eintritt.

Justizrat Hahn: War die Festnahme eines Mannes, der einen Soldatenrat bilden wollte, oder gestohlen hatte, rechtmäßig? Zeuge: Im ersten Fall wäre die Festnahme ungerecht gewesen, im zweiten Fall hat jeder Mesch das Recht, einen Mann festzunehmen, der sich eines Verbrechens schuldig gemacht hat.

Nach weiteren Vernehmungen wurde die Verhandlung bis um 2 Uhr unterbrochen.

Schweres Motorradunglück am Magerviehhof.

Ein folgenschweres Motorradunglück ereignete sich in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag auf der Marzahner Chaussee, in nächster Nähe des Magerviehhofes. Ein in flotter Fahrt herankommender Motorradfahrer fuhr mit einem Doppelgespann zusammen. Der Anprall war so heftig, daß der Motorradführer, ein Kaufmann Karl Willi Mürsching aus der Langen Straße 109 und ein noch unbekannter Begleiter, der auf dem Soziussitz saß, in hohem Bogen auf das Straßenpflaster geschleudert wurden. Mürsching erlitt eine so schwere Schädelverletzung, daß er wenige Minuten später an der Unfallstelle verschied. Sein Begleiter zog sich einen Schädelbruch und eine schwere Kieferverletzung zu und mußte in sehr bedenklichem Zustande in das naheliegende Hubertus-Krankenhaus geschafft werden. Sein Befinden gibt zu ernsten Besorgnissen Anlaß. Der Führer des Pferdegespannes blieb unverletzt. Nach seiner Aussage ist M. buchstäblich in sein Gefährt hineingefahren.

Der dritte Dahlemer Banderolendieb gefaßt.

Nach langen und mühevollen Ermittlungen ist es dem Sonderdezernat der Kriminalpolizei nunmehr gelungen, auch den dritten und letzten der Dahlemer Banderolendiebe zu fassen und hinter Schloß und Riegel zu bringen. Dieser dritte Täter war zunächst nur unter seinem Spitznamen „Otto" bekannt, und es dauerte geraume Zeit, bis die Ermittlungen ergaben, daß er in Wirklichkeit ein 34 Jahre alter aus Schlesien gebürtiger Karl Spang war, der im Oktober v. J. aus dem Zuchthaus in Brandenburg a. d. H., wo er wegen Geldschrankeinbruchs noch zwei Jahre zu verbüßen hatte, entwichen war. Alle Anzeichen deuteten darauf hin, daß der Entsprungene sich in Berlin aufhielt, man konnte aber seinen Schlupfwinkel nicht ausfindig machen. Schließlich wurden die Lokale der Gegend am Gesundbrunnen ständig beobachtet und am gestrigen Sonntag mittag wurde Spang endlich in einer Gastwirtschaft in der Prinzenallee erwischt. Er saß dort als harmloser Gast bei einem Glase Bier. Auf dem Polizeipräsidium gab er seine Flucht aus Brandenburg zu, will aber von dem Banderolendiebstahl in Dahlem nichts wissen. Die noch fehlenden Wertzeichen, die „Otto" alias Karl Spang zweifellos als Beuteanteil erhielt und von deren Verkauf er seinen Unterhalt bestritt, konnten bisher noch nicht entdeckt werden.

Ehrung eines 79jährigen Reichsbannerkameraden. Eine seltene Ehrung konnte gestern mitag der Kreisverein Charlottenburg des Reichsbanners seinem Kameraden Gerechter bereiten, der sein 79. Lebensjahr vollendete. Dem Kreisvorstand des Reichsbanners hatte beschlossen, dem Kameraden die Ehrenmitgliedschaft des Reichsbanners zu verleihen. Das Musikkorps des Kreises brachte einige Musikstücke zum Vortrag, dann sprach Kamerad Ackermann im Namen des Kreisvorstandes. Mit dem Wunsche, den rüstigen Alten noch lange in gewohnter Rüstigkeit in der Mitte der Kameraden zu sehen, schloß die kurze Ansprache. Es folgte ein Vorbeimarsch des Kreisvereins mit Musik und Fahnen.

Mit Krach und Schlägerei gingen in der Nacht zum Montag leider die letzten Gäste der im übrigen harmonisch und erfreulich verlaufenen Ausstellung „Deutscher Rhein — deutscher Wein", die gestern geschlossen wurde, auseinander. Zahlreiche Gäste, die eine Koje in der Funkhalle am Kaiserdamm trotz der eingetretenen Polizeistunde um 3 Uhr früh nicht verlassen wollten, gerieten miteinander in Streit, der schließlich in eine Schlägerei ausartete. Etwa zwanzig Personen gingen aufeinander mit Stöcken, Schirmen usw. los, wobei drei Beteiligte durch Stockhiebe und Fußtritte verletzt wurden. Polizeibeamte mußten schließlich vom Gummiknüppel Gebrauch machen, um die Streitenden zu trennen. Drei Rädelsführer wurden verhaftet.

Abschied im Polizeipräsidium. Heute vormittag um 10 Uhr fand im Polizeipräsidium die Abschiedsfeier für den scheidenden bisherigen Vizepräsidenten Dr. Friedensburg statt, an der außer dem Polizeipräsidenten Vertreter sämtlicher Beamtenkategorien und der Angestellten und Arbeiter der Behörde sowie Vertreter des Offizierkorps und der Beamtenschaft der Schutzpolizei teilnahmen. Polizeipräsident Zörgiebel richtete an den Scheidenden eine Ansprache, auf die Regierungspräsident Dr. Friedensburg mit Worten des Dankes erwiderte.

Eisenbahners Tod. Ein schwerer Unfall ereignete sich heute früh kurz vor 8 Uhr auf den Fernbahngleisen zwischen den Stationen Lankwitz und Südende. Der 51jährige Eisenbahnarbeiter Reinhold Strähler wurde von einem heranbrausenden D-Zug überfahren und auf der Stelle getötet. Die Schuldfrage bedarf noch der Klärung. — Ein weiterer schwerer Unfall trug sich in der Nähe des Bahnhofs Charlottenburg zu. Der 55jährige Arbeiter Paul Woirzowsky aus der Kanistr. 107 zu Charlottenburg wurde beim Ueberschreiten der Geleise von einem Zug erfaßt und schwer verletzt. W. wurde in das Westender Krankenhaus geschafft, wo er hoffnungslos daniederliegt. Auch in diesem Falle bedarf die Schuldfrage noch der Klärung.

6. Kreis — Kreuzberg. Achtung! Heute, Montag, den 14. März, abends 7½ Uhr, bei Bieler, Dieffenbachstr. 76, Zusammenkunft aller in der Arbeitersportbewegung tätigen Genossen. Erscheinen ist wegen der wichtigen Tagesordnung unbedingt erforderlich.

Großer Finanzskandal in Paris.

10 000 Personen um 50 Millionen Frank geschädigt.

Paris, 14. März. (Eigener Drahtbericht.) Das große Ereignis von Paris ist die gestern erfolgte Verhaftung eines der größten Finanzbetrüger Frankreichs in den letzten 50 Jahren, namens Rochette. Rochette hat bereits vor dem Kriege durch riesige Finanzskandale von sich reden gemacht. Es sind jetzt, wie bekannt wird, in den letzten Tagen über 10 000 Klagen gegen den Betrüger eingelaufen, die Höhe der von ihm verübten Betrügereien soll sich auf rund 50 Millionen Frank belaufen. Er hat durch mehrere durch ihn redigierte Finanzzeitschriften in der Provinz mehr als 10 000 Personen veranlaßt, gute Wertpapiere gegen andere zum Teil erfundene wertlose Papiere umzutauschen.

Schweres Grubenunglück in Oberschlesien.

Beuthen, 14. März. (WTB.) Auf der Kleophasgrube fuhr am gestrigen Sontag früh um 6 Uhr der Steiger Eichmann mit fünf Mann seiner Belegschaft nach einer Strecke des Blücherschachtes, um eine in Brand geratene Stelle abzudämmen. Alle sechs gerieten dabei in dichte Schwaden. Gegen 9½ Uhr begab sich eine Rettungsmannschaft nach dem Schacht, um sich über ihren Verbleib zu informieren. Die sechs Bergleute wurden nur noch als Leichen aufgefunden und dem Knappschaftslazarett zugeführt. Eine Kommission des Oberbergamtes Kattowitz begab sich nach der Unglücksstelle, um eine Untersuchung vorzunehmen.

Die Zahl der Rundfunkteilnehmer im Reich. Nach dem Stande vom 1. März beträgt die Zahl der Rundfunkteilnehmer im Sendebereich Berlin 599 180; München 98 655; Stuttgart 49 185; Breslau 93 586; Frankfurt a. M. 117 968; Hamburg 208 235; Köln 217 955; Königsberg i. Pr. 23 896; Leipzig 175 384.

Gegen die Reichsgerichtsurteile.

Die strafgesetzliche Verantwortung des Maschinensetzers.

Im Mittelpunkt der zu gestern vormittag nach dem Gewerkschaftshaus einberufenen Versammlung des Brandenburgischen Maschinensetzervereins stand ein Vortrag des Rechtsanwalts Dr. Samter über die letzten Urteile des Reichsgerichts gegen Arbeiter und Angestellte des Buchdruckgewerbes. Er zeichnete noch einmal ein Bild von der Unhaltbarkeit dieser Tendenzurteile, die nicht nur das Buchdruck- und Preßgewerbe zu knebeln drohen, sondern die gesamte Arbeiterbewegung. Es könnte in der Praxis dahin führen, daß sämtliche Werke, die das Denken, Fühlen und die Weltanschauung der Arbeiterschaft schildern, unterdrückt und eingezogen werden. Es hat den Anschein, als ob die Justiz einen systematischen Feldzug gegen die Arbeiterliteratur führen will, wogegen sich die Arbeiterschaft ganz entschieden wehren muß. Die Versammelten verzichteten auf jede Diskussion und legten ihre Auffassung in folgender einstimmig angenommenen Entschließung nieder:

„Die heutige Versammlung des Brandenburgischen Maschinensetzervereins ist empört über die in den letzten Wochen von dem Reichsgericht gegen Buchdrucker, Setzer, Boten, Radfahrer, Buchhandelsangestellte, Buchhändler und Verleger erlassenen Urteile. Sie betrachtet diese als eine der Arbeiterliteratur, der Arbeiterklasse, der proletarischen Welt- und Geschichtsanschauung feindliche Rechtsprechung, die unter Verletzung des Wortlautes und des Geistes der Gesetze die Grenzen unter dem Vorwand der Gesetzauslegung verletzt, um zu einem von vornherein juristisch festgelegten Endeffekt zu gelangen, der eine politisch tendenziöse Wirkung verfolgt. Diese Rechtsprechung hat mit Recht die größte Unruhe unter den Arbeitern und Angestellten des Preßgewerbes hervorgerufen und läßt die schlimmsten Folgen für die allgemeine Rechtsprechung befürchten.

Die heutige Versammlung verlangt die sofortige Aufhebung dieser Urteile und die Außerkraftsetzung der Strafvollstreckungsersuchen durch das Reichsjustizministerium. Sie fordert sofortige gesetzliche Zusatzbestimmungen zum Schutze gegen diese uferlose Bedrohung der Berufsangehörigen des Druckereigewerbes, zum Schutze der geistigen Kultur, des menschlichen Fortschritts und der geistigen Zukunftsaufgaben der Arbeiterliteratur."

Verhandlungen bei den Reichsverwaltungen.

Die am Tarifvertrag für die Reichsverwaltungen beteiligten Arbeiterverbände haben kürzlich zu der Frage der Kündigung der Arbeitszeit und der Lohnbestimmungen des Tarifvertrages Stellung genommen. Die Forderungen sollen noch näher formuliert und dem Reichsfinanzministerium bei der Aufnahme der Verhandlungen überreicht werden. Sie erstrecken sich auf die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit, eine zeitgemäße Erhöhung der Löhne.

Wie aus dem Reichsfinanzministerium mitgeteilt wird, finden die Lohnverhandlungen für die Reichsarbeiter am Donnerstag, den 17. März, vormittags, statt. Nach dem Wortlaut des Einladungsschreibens zu schließen, dürfte es sich dabei wahrscheinlich nur um eine Entgegennahme der Arbeitnehmerforderungen handeln.

Aus dem Versicherungsgewerbe.

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns mitgeteilt: Der Reichstarifvertrag mit dem Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmungen ist vom Zentralverband der Angestellten, Gedag und dem GdA. fristund formgerecht zum 31. März 1927 gekündigt worden. Die Vorschläge und Forderungen für einen neuen Reichstarifvertrag sind dem Arbeitgeberverband bereits vor einigen Wochen zugestellt worden. Der Arbeitgeberverband hat am 10. März dem GdA. schriftlich mitgeteilt, daß er es ablehnt, in Parteienverhandlungen über einen neuen Reichstarifvertrag mit ihm einzutreten. Eine ablehnende Antwort erhielten auch der Gedag und der GdA. Der Grund der Ablehnung ist darin zu suchen, weil der Allgemeine Verband der Versicherungsangestellten, der nur einen kleinen Bruchteil der Versicherungsangestellten vertritt, hinter dem Rücken der am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften mit dem Arbeitgeberverband einen Tarifvertrag abgeschlossen hat. Mit diesem Scheintarifvertrag versucht der Allgemeine Verband der Versicherungsangestellten, die Versicherungsangestellten hinsichtlich ihrer Gehälter bis zum 31. März 1928 wirtschaftlich zu knebeln. Der Zentralverband der Angestellten hat sofort gegen den Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmungen beim Reichsarbeitsministerium die Einleitung eines Schlichtungsverfahrens beantragt.

Die Berliner Versicherungsangestellten nehmen morgen, Dienstag, in den „Armin-Sälen", Kommandantenstraße, in einer öffentlichen Versammlung, in der der Reichsfachgruppenleiter, Kollege Brilke, referiert, zu diesen Vorgängen Stellung.

Wie Garderobenfrauen bezahlt werden.

Das Gewerbegericht beschäftigte sich kürzlich mit der Klage einer Garderobenfrau, die von dem Weinhaus M. Kempinski am Kurfürstendamm den Tariflohn von wöchentlich 13 Mark für dreizehn Wochen nachforderte. Außerdem verlangte sie die Rückzahlung von 250 Mark für fünf Garderobenblocks, die sie dem Weinrestaurant abzuführen hatte.

Vor Gericht wandte die Beklagte ein, daß die Klägerin erhebliche Einnahmen aus den Trinkgeldern gehabt hätte, die sie von den Gästen (täglich etwa 2000 Personen) erhielt und von denen sie „nur" 10 Pf. pro Marke hätte abliefern müssen.

Der Zentralverbandsvertreter, welcher der Klägerin in ihrem Termin beistand, geißelte nicht mit Unrecht die merkwürdige Lohnpolitik der Beklagten, die nicht nur ihre Garderobenfrauen sozusagen vom Publikum entlohnt wissen will, sondern außerdem noch an deren Einnahmen partizipieren möchte. Er verwies weiter auf die gesetzlichen Bestimmungen, wonach im Gastwirtsgewerbe weibliche Personen überhaupt nicht gegen Prozente beschäftigt werden dürfen.

Das Gewerbegericht machte sich im wesentlichen die Ausführungen des klägerischen Vertreters zu eigen und stellte ausdrücklich fest, daß die Firma Kempinski verpflichtet ist, ihren Garderobenfrauen einen festen Lohn zu bezahlen. (Berliner Tarif 29 Mark.) Unbenommen bliebe der Firma ja, eine besondere Kassette für die Aufnahme der Trinkgelder bereit zu halten und die Gesamtsumme nach Abzug des Tariflohnes in bestimmt geregelter Weise zur allgemeinen Verteilung unter die Garderobenfrauen zu bringen.

Lediglich mit Rücksicht darauf, daß die Klägerin innerhalb der dreizehn Wochen aus den Trinkgeldern einen gewissen Verdienst gehabt hätte, schlug die Kammer einen Vergleich auf der Basis von 150 Mark vor, der denn auch zustande kam.

„Die Notlage der Bäckermeister."

Der mit dieser Ueberschrift versehene Bericht in der gestrigen Sonntagsnummer des „Vorwärts" suchte in dem gegenwärtigen Lohnstreit die Interessen der Bäckereiarbeiter zu verfechten und die von den Arbeitgebern bei Lohnforderungen stets erhobenen Klagen zu illustrieren. Dabei ist jedoch — wie uns vom Deutschen Nahrungs- und Genußmittelarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin, mitgeteilt wird — ein Fehler insofern unterlaufen, als die Statistik über die Anzahl der Hausbesitzer unter den Bäckermeistern sich nicht auf die Berliner Bäckermeister bezieht, sondern auf die Bäckermeister in ganz Deutschland.

Unter den etwa 3400 Berliner Bäckereibetrieben sind ungefähr 1500 Zwergbetriebe, die ohne Gesellen, höchstens mit einem Lehrling, arbeiten. Der allein arbeitende Meister, für den übrigens die Gehilfenforderungen kein direktes Interesse haben, wird es nicht zum Hausbesitz bringen, wenn er nicht von vornherein Hausbesitzer war. Allein die wirtschaftlich ungünstigere Lage dieser Meister kommt für den gegenwärtigen Lohnstreit überhaupt nicht in Frage. Im Gegenteil, sie können durch günstigere Gestalt der Lohn- und Arbeitsbedingungen nur gewinnen. Sie sind auch kaum Freunde einer 60stündigen Arbeitszeit, zumal sie meist noch nach der Verrichtung ihres Arbeitspensums die Ehefrau im Verkaufsraum ablösen müssen. Irgendeine Beleidigung der Bäckermeister, insbesondere aber der Klein- und Alleinmeister lag unserem Berichterstatter vollständig fern. Es drehte sich, wie gesagt, darum, den Klagen der Bäckereibesitzer bei Forderungen der Bäckereiarbeiter die in der Statistik der Arbeitgeber im Bäckergewerbe festgestellte Tatsache entgegenzuhalten.

Protest der Bergarbeiter in der Tschechoslowakei.

Prag, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) Die tschechoslowakische Regierung bereitet einen Angriff vor, durch den die Bergarbeiter und [illegible] Wien und Bleifen der Bergarbeiter schwer geschädigt werden sollen. Vor allem soll die seit Jahren bestehende selbständige Bergarbeiterversicherung aufgehoben werden. Die Bergarbeiter zeigen sich entschlossen, diesen Angriff auf ihre Existenz mit allen Mitteln abzuwehren. Ihre gewerkschaftlichen Organisationen haben darum in einer gemeinsamen Sitzung zunächst beschlossen, am Donnerstag, dem 24. März, einen eintägigen Generalstreik der Bergarbeiter in der ganzen Republik zu proklamieren und an diesem Tage Massenprotestkundgebungen in allen Revieren des Landes zu veranstalten.

Einigung in der Textilindustrie Nordböhmens.

Warnsdorf i. B., 14. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Krise in der nordböhmischen Textilindustrie der Vertragsbezirke Reichenberg, Friedland, Rumburg, Warnsdorf, ein Gebiet mit über 60 000 Textilarbeitern, ist endlich, nachdem die Verhandlungen zweimal abgebrochen waren, am 12. März in Reichenberg beigelegt worden. Die alten Verträge bleiben bestehen und können erstmals am 1. September gekündigt werden. Die Arbeiterschaft hatte bekanntlich eine Erhöhung der Lohnsätze gefordert.

Der Streik in Polen geht weiter.

Warschau, 14. März. (Mtb.) Die Intervention der Regierungsvertreter bei den Lodzer Industriellen ist gänzlich ohne Erfolg geblieben. Die Industriellen sind nach Lodz zurückgekehrt und der Streik geht weiter. Man befürchtet jetzt einen Generalstreik. Am heutigen Montag sind die ersten Versammlungen der Arbeiterschaft angekündigt, in denen über den Generalstreik Beschluß gefaßt werden soll.

Amerikanische Gewerkschaften gegen den Bolschewismus.

Paris, 14. März. (Eigener Drahtbericht.) Aus New York wird gemeldet, daß der Präsident der amerikanischen Arbeiter-Föderation, Green, erklärt hat, die amerikanische Föderation wolle in Rußland alle Elemente eifrig unterstützen, die sich die Bekämpfung des Bolschewismus zur Aufgabe gemacht hätten, genau so, wie sie früher die russischen Gewerkschaften unterstützt habe, um den Zarismus zu bekämpfen.

•

Wenn der hier ausgesprochenen Absicht auch keine besondere praktische Bedeutung beizumessen ist, so ist sie doch bezeichnend für die Stellung der amerikanischen Gewerkschaften gegen die bolschewistische Einmischung in die Gewerkschaftsbewegung aller Länder.

Zur Lohnbewegung der Bremer Metallarbeiter. Über die wir in Nr. 118 des „Vorwärts" kurz berichteten, sei bemerkt, daß die Forderung auf Erhöhung des Stundenlohnes um 6 Pf. lautet — nicht um 6 Proz.

Sport.

Das internationale Eishockeyturnier.

Die letzten großen Turniertage im Berliner Sportpalast brachten den Veranstaltern sowohl am Sonnabend wie auch am Sonntag ein ausverkauftes Haus. Das größte Interesse der Zuschauer konzentrierte sich wieder auf die Eishockeywettkämpfe. Dieser Sport ist so schnell beliebt geworden und hat in kurzer Zeit so viele begeisterte Anhänger gefunden, daß eine größere eissportliche Veranstaltung ohne Eishockey kaum noch denkbar erscheint. — Am Sonnabend gaben sich die London-Lions und Belgier das erste „Stelldichein". Das Spiel endete mit einem Ueberraschungssieg der sehr sympathischen belgischen Mannschaft, trotz der gelegentlichen Ueberlegenheit der Lions. Mit 6:4 Toren zogen sich die Belgier glänzend aus der Affäre. An der Niederlage der Engländer hat ihr Torwächter, ein glatter Versager, besonderen Anteil. Die zweite Begegnung brachte die kombinierte Mannschaft SC. Rittersee-SC. Charlottenburg gegen den Berliner Schlittschuhklub auf die Eisfläche. Nach den beiden ersten Spieldritteln war der Stand 4:1 für den BSC. Im letzten Teil klappten die „Kombinierten" ganz zusammen und mußten mit 1:9 geschlagen das Feld räumen. — Am Sonntag erreichte das Turnier seinen Höhepunkt: London Lions gegen kombinierte Rittersee-Charlottenburg und Belgien gegen den Berliner Schlittschuhklub (BSC.). Nach einem interessanten, hitzigen, recht wechselvoll verlaufenen Kampf siegten die im letzten Spieldrittel stark aufkommenden Lions mit 8:5. Beim letzten Seitenwechsel war der Stand des Spiels noch 5:3 für die Kombinierten (!). Schließlich errang der BSC. noch einen knappen, aber verdienten 4:3-Sieg über die Belgier, die im letzten Teil des Spiels allein dreimal die Scheibe ins Berliner Tor jagten. Alles in allem ein großer Abend, der das Publikum wiederholt zu starkem Beifall hinriß. — Der Schnellaufwettbewerb Antwerpen—Berlin gestaltete sich zu einem überlegenen Siege der Antwerpener Mannschaft.

Rennen zu Mariendorf am Sonntag, dem 13. März.

1. Rennen. 1. Kapitain Halle (L. Weiß), 2. Frida Mansman, 3. Punier. Toto: 177:10. Platz: 35, 22, 34:10. Ferner liefen: Dolerit, Kinostern, Pirius, Sonntagskrone, Lindcott jr., Hofmeisterin, Weinbrand, Arnfried, Erasmus, Ellen, Natal, Herstaller, Venus, Mona B.

2. Rennen. 1. Aga (Rauß jr.), 2. Der alpera, 3. Antenne. Toto: 17:10. Platz: 11, 11, 11:10. Ferner liefen: Die Puppe, Lindow-Peter, Wichtelmann, Martha Halle, Lang Albert, Minni Halle, Fredegundis.

3. Rennen. 1. Lindenkind (F. Grigat), 2. Petronella II., 3. Gilla. Toto: 29:10. Platz: 21, 34, 39:10. Ferner liefen: Salome, A. Kärrasier, Goudkers Gloria, Abdulah Effner, Mantua, Morgenstern, Pitula, Friedrich Reg. Jimiene, Dunajec, Prinz Kuckuck, Interessent, Konsul, Höhensonne.

4. Rennen. 1. Karneval (J. Mills), 2. Alpenjäger, 3. Pechfackel. Toto: 18:10. Platz: 10, 10, 11:10. Ferner liefen: Jean Worth, Cadiac Agworth, Flatterrose, Progreß, Rittsold, Interpellant.

5. Rennen. 1. Cosmo (J. Mills), 2. Ludwig R., 3. Möglich. Toto: 33:10. Platz: 10, 16, 14:10. Ferner liefen: Freibeuter, Kinaläppin, Kletterrose, Tina Watts, Casanova, Radiale, Großmogul, Kurfürst, Benedict, Crispa.

6. Rennen. 1. Belwin (Rauß jr.), 2. Denkmünze, 3. Der-Beste. Toto: 24:10. Platz: 12, 22, 14:10. Ferner liefen: Manganares, Königsadler, Peter Handelter, Ocean Girl, Barmaid, Dolina, Jeanette, Rudi.

7. Rennen. 1. Eitelfried (G. Lautenberger), 2. Boisdam, 3. Einsicht. Toto: 32:10. Platz: 16, 17, 37:10. Ferner liefen: Mistral, Liebestraum, Modedame, Propeller, Lachmuskel, Pfegrim, Lebedame, Sir Said, Ottmark, Gift, Frank.

8. Rennen. 1. Oley (B. Heckert), 2. Cube, 3. Paula Bingen. Toto: 40:10. Platz: 20, 27, 160:10. Ferner liefen: Margot I, Heidekrug I, Prinzessin Elamah, Fürst, Francisco, Blaumeise, Tudors, Baron Agworth, Katharina, Importeur, Albatros, Agworth II., Tafna.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingenhöfer; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Schlosser; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke, sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Städtische Oper Charlottenburg 7 Uhr: Margarethe. Abonn.-Turnus I.
Deutsches Theater Norden 16334—37 8 Uhr: Reichardt v. Kaiserau. Morgen: Bonaparte
Kammerspiele Norden 16334—37 8 Uhr: Letzte Aufführungen Die Gefangene
Die Komödie Bismarck 3414, 7310 8¼ Uhr: Letzte Aufführungen Die Perle
Theat. a. Hollenderpl. Kurfürst 2091 8 Uhr: Max Adalbert in „Müllers"
Zentral-Theater Täglich 8 Uhr: Der blonde Tänzer
Rose-Theater 8¼ Uhr: Das Mädchen von der Landstraße
Trianon-Theater 8¼ Uhr: Abteilgequartier
8 Uhr Winter-Variete Garten Rauchen gestattet
Erik Charell bringt: Wie einst im Mai mit Alfred Braun, Camilla Spira, Permané Brothers, Piano Kiddies, tägl. 8 Uhr, Sonntags 3 Uhr, im Großen Schauspielhaus
Bettenhaus Gegr. 1906 Luise Meyer Gegr. 1906 Das Haus der Qualitätsware Kantstraße 117 / Ecke Krumme Straße. Inlette, nur federdichte Qualitäten. Bettfedern, Daunen / Steppdecken / Metallbettstellen. Aufliegematratzen eigener Fabrikation
Volksbühne Theater am Bülowplatz 8 Uhr: Traumspiel. Morgen 8 Uhr: Volpone
Theater am Schiffbauerdamm 8 Uhr: Das Grabmal des unbekannten Soldaten.
Wallner-Theater 8¼ Der Schlager 8¼ Das blonde Wunder
CASINO-THEATER 8 Uhr: Das erste Volksstück in dieser Spielzeit Familie Habenichts! Ausschneiden Gutschein 1—4 Pers. Fauteuil nur 1 Mk., Sessel 1,50 Mk.
Reichshallen-Theater Abends 8 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr: Stettiner Sänger. Das neue Programm! Neuheiten: Isalbe Preiss. vollks Programm! Dönhoff-Brett'l Varieté, Konzert, Tanz
Walhalla-Theat. Täglich 8¼ Uhr, 8¼ Uhr: Ben Hur
Inlerieren bringt ERFOLG
Pumpen, Motor, Filter, Ersatzteile Preisliste gratis. Nebelunk & Co. Pumpenfabrik Berlin N 65, Reinickendorfer Str. 55
Berliner Uik-Trio Neukölln. Lahnstr. 74/75
Möbel: Patentmatratzen, Aufleganatratzen, Metallbetten, Chaiselongues. Walter, Stargarderstraße achtzehn. Spezialgeschäft.
Musikinstrumente: Klavier, Pianofabrik Lipt, Brunnenstraße 35.
Klavier billig, kein Laden, Bochumerstraße 27 III.
Fahrräder: Drei Mark Wochenrate, 15 Mark Anzahlung, für ein erstklassiges Markenrad. Fahrradhaus Zentrum Linienstraße neunzehn.
Kaufgesuche: Zahngebisse, Silberlochen, Zinn, Blei, Quecksilber, Goldschmelze Christiansen, Köpenickerstraße 83 (Adalbertstraße).
Verkäufe: Leiterwagen, Schubkarren, Einspännerkäder, Sofas, Federn, Gardinen, Gardinen. Gebr. Dresdnerstraße 55. Moritzplatz 13 788.
Bekleidungsstücke, Wäsche usw.: Verleih hocheleganter Gesellschaftsanzüge. Leihhaus Lewin, Weinbergsweg 10b.
Wenig getragene Frackanzüge, Smokinganzüge, Gehrockanzüge, Jackenanzüge, Rockpaletots, Cutaway-Anzüge, Stallmäntel, für jede Figur passend. Spezialität: Baumhanzüge, spottbillig. Salpern, Rosenthalerstr. 4, erste Etage.

Die Frucht ein Regulator des Stoffwechsels

Man esse frische Früchte **vor** der Mahlzeit; sie verhindern das Uebermaß, zu dem eine wohl zubereitete Speise uns allzuleicht treibt. Man esse auch Früchte **während** der Mahlzeit, denn sie erzeugen den für die Verdauung notwendigen Speichel. Die frische Frucht **nach** der Mahlzeit ist Erfordernis des guten Stoffwechsels und behebt die Trägheit des Körpers nach dem Essen.

Esst mehr Früchte, und Ihr bleibt gesund!

Täglicher Genuß frischer Früchte ist kein Luxus, sondern Notwendigkeit. Frische Früchte gibt es zu jeder Jahreszeit.

Heißes Zitronenwasser gegen Influenza!